

**Stadtrat**

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 29. November 2001 Nr. 1240

Interpellation

**Interpellation Christina Fehr Dietsche: Wie ernst nimmt der Stadtrat seine eigenen Legislaturziele?; schriftliche Beantwortung**

Christina Fehr Dietsche und 40 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 18. September 2001 die beiliegende Interpellation betreffend „Wie ernst nimmt der Stadtrat seine eigenen Legislaturziele?“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Eine Kleinklasse mit besonderem Auftrag gehört seit Jahren zum Schulangebot in der Stadt St.Gallen. Das spezifische Angebot dieser Kleinklasse bewegte sich bis zum Jahr 2000 im Bereich Sonderschule und Kleinklasse B für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler. Sowohl strukturelle als auch wirtschaftliche sowie pädagogische Überlegungen führten bei abnehmender Nachfrage nach diesem Schulangebot zu einer Überprüfung des Auftrages dieser Kleinklasse auf Schulbeginn 2000/2001. Es ging dabei vor allem um die Beantwortung der Frage, mit welchem niederschweligen Angebot Jugendliche, welche aus verschiedenen Gründen für eine gewisse Zeit eine Beschulung ausserhalb ihrer Stammklasse brauchen, pädagogisch sinnvoll erfasst werden können. Ziel eines solchen Angebotes ist, solche Jugendlichen nach einer gewissen „Aus-Zeit“ zur Aufarbeitung schwieriger Situationen und problematischer Ereignisse wieder in ihre Stammklasse zu integrieren. Diesem Ziel dient die neue Ausrichtung der Kleinklasse mit besonderem Auftrag unter der neuen Bezeichnung „Kajak“. „Kajak“ versteht sich als niederschwelliges, der kantonalen besonderen Betreuungsstätte für Jugendliche vorgelagertes städtisches Schulangebot, welches einerseits schwierigen Jugendlichen eine Perspektive zur Bewältigung ihrer Probleme bietet, andererseits der Schulbehörde ein rasches Handeln erlaubt. Das Angebot soll nur einer kleinen Zahl von Jugendlichen offen stehen. Diese Anzahl kann während des Schuljahres variieren. Zur Zeit sind vier Jugendliche im „Kajak“. Im Gegensatz zur kantonalen besonderen Betreuungsstätte für Jugendliche im Platanenhof handelt es sich aus pädagogischer Sicht beim „Kajak“ nicht um ein öffentlich kontrovers diskutiertes Projekt.



Die Klasse „Kajak“ ist organisatorisch in das Team des Schulhauses Bürgli integriert, wie das bereits bisher die Kleinklasse mit besonderem Auftrag war. Gerade die Nähe zur Infrastruktur Bürgli, zur schulhausinternen Weiterbildung sowie zum Team sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor zur Führung dieser Klasse. Die sich in allen Oberstufenschulhäusern verschärfende Raumsituation führte aber auch im Schulhaus Bürgli zu Überlegungen, welche Klassen in auswärtige Schulräume ausgelagert werden könnten. Dazu fiel ein erster Entscheid bereits im Jahre 2000. Dieser sah die Ausquartierung der Klasse "Kajak" in den leerstehenden Kindergarten Linsebühlstrasse 99 vor. Dieser Entscheid wurde auf den Sommer 2001 vollzogen.

Vor diesem Hintergrund beantwortet der Stadtrat die einzelnen Fragen wie folgt:

### **Zu Frage 1**

Das zitierte Legislaturziel „Quartierplanung“ findet sich innerhalb der stadträtlichen Legislaturziele im Abschnitt „Stadtentwicklung“. Dafür sind primär die Dienststellen der Bauverwaltung zuständig. Diese hat auch die Federführung im neuen Projekt „Zukunftswerkstatt Lachen“, an welchem aber auch weitere Verwaltungsabteilungen partizipieren. In diesem Projekt sollen in einem mit verschiedenen Problemen behafteten Quartier einerseits mögliche Kommunikations- und Beteiligungsformen evaluiert, andererseits Massnahmen zur Erhöhung der Lebensqualität initiiert werden. Das Projekt strebt in erster Linie an, die Eigeninitiative der im Quartier lebenden und arbeitenden Bevölkerung zu stärken und die Realisierung von Projekten durch die Betroffenen selbst zu unterstützen.

Vielfältige Berührungspunkte zur Quartierarbeit haben aber auch andere Verwaltungsabteilungen und Dienststellen der Stadtverwaltung. Eine grosse Bedeutung haben für die Quartiere die Verkehrsfragen. Im Rahmen der Verkehrsberuhigung für die Altstadt starten die Bauverwaltung und die Polizeiverwaltung gegenwärtig das Projekt für die Verkehrsberuhigung der südlichen Altstadt. Dort sollen unter neutraler Moderation in mehreren Gesprächsrunden mit allen Beteiligten mögliche Lösungen erarbeitet werden. Diesem ersten Schritt sollen sich rasch Folgeprojekte für die anderen Altstadtteile anschliessen. Mit projektbezogenen Instrumenten reagieren das Tiefbauamt, die Polizei und das Sozialamt auf Anliegen wie Tempo 30 - Zonen, Sicherheitsbedürfnisse, Einrichtung sozialer Institutionen. Sie haben dazu verschiedene Informationsveranstaltungen zur Quartierentwicklung ins Leben gerufen und darin periodisch festgelegte Gesprächsrunden installiert. Das Entsorgungsamt leistet quartierspezifische Öffentlichkeitsarbeit und Beratung im Abfall und Wertstoffentsorgungsbereich. Weiter trifft sich das Entsorgungsamt in regelmässigem Turnus mit den Quartiersvereinspräsidenten zum Thema „Abfall und Entsorgung“. Ebenfalls in engem Kontakt mit den Quartieren stehen die VBSG bei Konzeptänderungen im Angebot. Im Schulamt bauen zurzeit verschiedene



Schulen Elternforen und ähnliche Instrumente auf, in denen Fragen der Elternbedürfnisse und Anliegen der Schule im Quartier behandelt werden. Die Schule sucht zusammen mit den Betroffenen nach gemeinsamen Lösungen im Sinne von „Partnerschaft mit dem Quartier“.

Partnerschaft mit den Quartieren kann aber nur den Einbezug der städtischen Quartiere in die Meinungsbildung bedeuten, das heisst, die Quartierbewohnerinnen und -bewohner sollen ihre quartierspezifischen Bedürfnisse formulieren und an der Entscheidungsvorbereitung mitwirken, nicht aber den Entscheid fällen können. Im Hinblick auf die Grösse der Stadt gebieten staatspolitische Gründe den Verzicht auf die Schaffung eigener demokratischer Strukturen in den Quartieren mit politischer Mitbestimmung. Dies würde direkt die Stellung von gesamtstädtischer Bürgerschaft, Grosse Gemeinderat und Stadtrat als verfassungsmässige Organe der Stadt tangieren. Aus ihrer demokratischen Legitimation heraus müssen der Stadtrat und der Grosse Gemeinderat auch bei Fragen zur Quartierentwicklung alleinige Entscheidungsträger bleiben. Diese Entscheidungskompetenz sichert den Entscheidungsträgern den nötigen Ermessensspielraum für Entscheide, welche aus Sicht eines Teils der Quartierbewohnerinnen und -bewohner der Entwicklung des Quartiers nicht unbedingt förderlich sind bzw. das Quartier belasten.

Was die Umsetzung der Legislaturziele betrifft, geschieht dies in allen Abteilungen etappenweise nach Jahreszielen gemäss den Führungsrichtlinien der Stadt St.Gallen zur Führung durch Zielsetzung. Dazu legen die Abteilungsvorstände zusammen mit den Dienststellenleitungen die Jahresziele in Ausrichtung auf die Legislaturziele fest.

## **Zu Frage 2**

Es ist Tatsache, dass in der Stadt St.Gallen auf der Oberstufe durchwegs knappe räumliche Verhältnisse herrschen. Dies zeigen bereits erfolgte bzw. geplante Erweiterungen von Oberstufen-Schulanlagen wie die Erweiterung Blumenau, die Erweiterung Buchental sowie die Erweiterung Schönaue deutlich. Für die Raumbeschaffung werden deshalb vermehrt auch Räume einbezogen, welche sich ausserhalb des Schulhauses befinden, im Besitz der Stadt sind und sich für eine schulische Nutzung eignen. Für die Kleinklasse „Kajak“ wurde der leerstehende Kindergarten Linsebühlstrasse 99 für geeignet befunden. Dieser Standort gewährleistet auf der einen Seite die nötige Nähe für die involvierten Lehrkräfte zum Schulhaus Bürgli, andererseits bieten Räume ausserhalb des Schulhauses eher Gewähr für eine „schulische Auszeit“. Zudem steht der bis Juni 2003 fest gemietete Kindergarten Linsebühlstrasse 99 leer. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, dass die Geschäftsprüfungskommis-



sion des Grossen Gemeinderates darauf hinwies, leer stehende Kindergärten seien sinnvoll schulisch oder schulnah zu nutzen.

### **Zu Frage 3**

Verwaltungsintern wurde über die Schaffung der Quartierarbeitsgruppe im Linsebühl im Verlaufe des Frühsommers informiert, als die Konstituierung seitens des Quartiervereins und der Verwaltung abgeschlossen war. Ebenso erfolgte zum selben Zeitpunkt die Benennung der zuständigen Ansprechpersonen in der Verwaltung.

### **Zu Frage 4**

Die konstituierende Sitzung der designierten Mitglieder der Arbeitsgruppe „Belastungen im Linsebühl-Quartier“ fand in der Stadtverwaltung am 29. Mai 2001 statt. Mit Schreiben vom 31. Mai 2001 lud die Schulverwaltung die beiden für den Bereich Schule zuständigen Quartiervertreterinnen zu einer Situationsanalyse und zu einem ersten Treffen ein. Wegen Krankheit und Ferienabwesenheit der Quartiervertreterinnen konnte der erste Termin nicht wahrgenommen werden. Da aus Sicht des Schulamtes die für das erste Treffen geplante Information zum damaligen Zeitpunkt als zu spät erschien, orientierte das Schulamt die Präsidentin des Quartiervereins und die Quartiervertreterinnen noch vor den Sommerferien schriftlich über die geplante Eröffnung der Kleinklasse „Kajak“ mit Standort Kindergarten Linsebühlstrasse 99. Zudem orientierte die zuständige Lehrkraft die Anwohnerinnen und Anwohner per Brief zum Schuljahresbeginn über die Eröffnung der Kleinklasse "Kajak" im Quartier.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Schulamt sehr wohl die Anliegen der Quartiere ernst nimmt, dass es aber bei seinen Entscheidungen auch pädagogische, räumliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen zu berücksichtigen hat. Das Schulamt ist sich bewusst, dass im Falle der Kleinklasse „Kajak“ der bereits im Jahre 2000 gefällte Entscheid - damals gab es die Arbeitsgruppe "Belastungen im Linsebühlquartier" noch nicht - vor dem Hintergrund der aktuellen Anliegen dieser Arbeitsgruppe zu wenig deutlich kommuniziert wurde. Aus heutiger Sicht hätte das Schulamt die Gründe, welche zur Standortwahl Linsebühlstrasse 99 führten, schon damals in plausibler, nachvollziehbarer Weise darlegen sollen.



Die damalige Annahme des Schulamtes, dass eine Kleinklasse mit so wenigen Schülerinnen und Schülern, welche zudem aufgrund des Lehrplanes nicht die gesamte Unterrichtszeit im Quartier verbringen, weder zu einer Belastung für das Quartier noch zu einer Beunruhigung im Quartier führe, wäre damit eventuell auch im Quartier nachvollziehbar geworden.

Der Stadtpräsident  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation

